

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004566/2025
an die Kommission**
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Christine Anderson (ESN)

Betrifft: Omnibus-Paket für den Digitalbereich 2: Maßnahmen zum Schutz vor der schleichenden Ausweitung der Anwendung auf die digitale Infrastruktur der EU im Falle einer Lockerung der Vorschriften der DSGVO

Mehrere laufende EU-Initiativen (darunter die Brieftasche für die europäische digitale Identität, digitale Reiseausweise, Grenzschutzdatenbanken und Verpflichtungen für Plattformen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste¹) stützen sich in zunehmendem Maße auf systemübergreifende Interoperabilität. Falls mit dem Omnibus-Paket für den Digitalbereich die Beschränkungen für die Sekundärnutzung oder Datenumnutzung im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)² aufgeweicht werden, könnten diese vernetzten Systeme eine datenbankenübergreifende Profilerstellung oder Verhaltensinferenzen ermöglichen, die gemäß den geltenden Rechtsvorschriften nicht zulässig sind.

1. Welche konkreten Schutzmaßnahmen ergreift die Kommission, damit eine systemübergreifende Profilerstellung oder Inferenzen zwischen Identitäts-, Reise-, Kommunikations- oder Plattformdatensätzen verhindert werden, falls die Beschränkungen für die Sekundärverarbeitung im Sinne der DSGVO gelockert werden?
2. Verpflichtet sich die Kommission zu einer kumulativen Bewertung der Grundrechtssituation, in der erläutert wird, welche Auswirkungen die DSGVO-Lockerung nicht nur auf KI-spezifische Anwendungsfälle, sondern auf die Architektur der E-Governance in ihrer Gesamtheit hat?
3. Wie sorgt die Kommission dafür, dass Interoperabilitätsinitiativen nicht genutzt werden können, um breitere Datenströme gemäß einer großzügigeren Auslegung der Gründe der Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit oder des öffentlichen Interesses zu rechtfertigen?

Eingang: 17.11.2025

¹ Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj>.

² Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung), ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj>.